ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Fratzscher, Marcel

Article

Die unsoziale Rezession

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2023) : Die unsoziale Rezession, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 90, Iss. 23, pp. 282-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-23-3

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/273603

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MARCEL FRATZSCHER

Die unsoziale Rezession

Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder

Die Aufregung über die Rezession für das Winterhalbjahr ist groß, aber fehlgeleitet. Denn die Zahlen sind nicht überraschend und deutlich weniger schlimm als noch vor sechs Monaten befürchtet. Das Problem ist ein anderes: Die Rezession ist höchst unsozial, weil sie vor allem Menschen mit geringen Einkommen stark trifft und die Gesellschaft weiter spaltet. Dieser Aspekt ist ein blinder Fleck im öffentlichen Diskurs.

Die Bedeutung der vom Statistischen Bundesamt von 0,0 auf minus 0,3 Prozent revidierten Wachstumszahl des Bruttoinlandsprodukts für das erste Quartal 2023 ist viel geringer, als es erscheint. Solche statistischen Revisionen sind nicht unüblich und es kann gut sein, dass die Zahlen erneut revidiert werden. Es gibt zwei positive Aspekte dieser technischen, weil im Vergleich zur Vergangenheit milden Rezession. Zum einen, weil die meisten Prognosen im Sommer 2022 noch eine tiefe Rezession von zwischen minus vier und minus sechs Prozent als Resultat des Lieferstopps von russischem Gas vorausgesagt hatten. Im Vergleich dazu ist die leichte Rezession im Winterhalbjahr ein großer Erfolg, der vor allem auf die massiven Wirtschaftshilfen der Bundesregierung und die Gewährleistung der Energiesicherheit zurückzuführen ist. Zum anderen, weil ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bisher verhindert werden konnte.

Der negative Aspekt dieser Rezession ist, dass vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen massive Einbußen in ihrem Lebensstandard erfahren müssen. Die Inflation betrug 2022 im Durchschnitt knapp sieben Prozent und für viele Menschen mit geringen Einkommen nicht selten das Doppelte davon, weil sie einen viel höheren Anteil ihres monatlichen Einkommens für die Dinge ausgeben mussten, die besonders teuer geworden sind, wie Energie und Lebensmittel. Dagegen sind Löhne und Renten im Durchschnitt wenig mehr als vier Prozent gestiegen. Dies hat dramatische Auswirkungen für viele Menschen mit geringen Einkommen, zumal 40 Prozent der Menschen in Deutschland praktisch keine Ersparnisse haben, auf die sie zurückgreifen können, um die höheren Lebenshaltungskosten zu finanzieren. Die Tafeln berichten von mittlerweile zwei Millionen regelmäßigen Besucher*innen.

Das noch größere Problem ist jedoch ein anderes: Die nächsten zwölf Monate dürften für viele Menschen nochmals härter werden. Denn die Inflation wird wohl mit voraussichtlich sechs Prozent in diesem Jahr wiederum deutlich über dem Anstieg von Löhnen und Renten liegen. Somit werden viele Menschen den Gürtel nochmals enger schnallen müssen. Hinzu kommen die gestiegenen Zinsen, die nicht nur Konsumentenkredite, sondern auch Kredite für Unternehmen deutlich teurer machen. Dies schwächt die Investitionen der Unternehmen, was sich wiederum negativ auf die Löhne der Beschäftigten und deren Kaufkraft auswirkt. Auch der Ausblick für die Jahre 2024 und 2025 ist alles andere als rosig.

Daher sollte die Bundesregierung in ihren Planungen für den Bundeshaushalt 2024 ihr Augenmerk viel stärker auf soziale Ausgewogenheit und Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen richten. Sie darf nicht den Fehler von 2022 wiederholen und viel Geld per Gießkanne ausschütten und beispielsweise 15 Milliarden Euro pro Jahr durch den Ausgleich der kalten Progression primär an Spitzenverdiener*innen verteilen. Direkte Transferzahlungen an Menschen mit geringen Einkommen sind das beste Instrument, um schnell und effektiv zu helfen. Daneben sind Erhöhungen des Mindestlohns und der Rentenzahlungen zielführend. Zudem sollte die Bundesregierung stärkere Anreize für Investitionen von Unternehmen setzen, so dass diese nicht nur gut durch die Krise kommen, sondern im globalen Wettbewerb bestehen und die wirtschaftliche, ökologische und digitale Transformation erfolgreich bewerkstelligen können. Und wir benötigen eine kluge, expansive Finanzpolitik, die auf sozialen Ausgleich und die ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft ausgerichtet ist, und die durch stärkere öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovation nicht nur die Wirtschaft stützt, ohne zwingend die Inflation anzuheizen, sondern auch eine schnellere wirtschaftliche Erholung möglich macht.

Dieser Kommentar ist am 16. Mai bei Zeit Online erschienen.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-23-3

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
90. Jahrgang 7. Juni 2023

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Mats Kröger

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze; Sandra Tubik

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**